

Martin H. W. Möllers

Volkssouveränität und Sicherheitspolitik

Anmerkungen zu Manipulationen in Staat und Gesellschaft

3., überarbeitete und erweiterte Auflage

Jahrbuch Öffentliche Sicherheit – Sonderband 12

ISBN 978-3-86676-590-0
Frankfurt a. M. 2019

Verlag für Polizei^{wissenschaft}

Prof. Dr. Clemens Lorei

Einführung zu den Theorien über Manipulationen von Staat und Gesellschaft

Aus verschiedenen Blickwinkeln lässt sich erkennen, dass Staat und Gesellschaft einer ständigen Versuchung der Manipulation insbesondere durch die Regierenden unterliegen. Als Grundlage dienen dabei zunächst Überlegungen allgemein zur Volkssouveränität.

Beispielsweise stellt sich bei der **Volkssouveränität** zu Frage, ob tatsächlich das Volk der Souverän in unserer liberalen Demokratie ist oder ob Agitation und Demagogie durch bestimmte gesellschaftliche Kräfte nur die Suggestion von Souveränität beim Volk erzeugen. In diesem Zusammenhang stellt sich auch die übergreifende Frage, welcher Personenkreis eigentlich zum „Volk“ gehört.¹ Ferner werden verschiedene Theorien und Konzepte zur Volkssouveränität vorgestellt. Im Einzelnen sind dies *die identitäre Demokratietheorie*, die sich am Demokratieverständnis von Rousseau² orientiert, die *systemtheoretische Version der Demokratietheorie*, wie sie etwa Niklas Luhmann³ vertritt, und die *Rechts- und Verfassungstheorie*, zu deren Vertreter z. B. Martin Kriele⁴ zählt. Schließlich wird auch das *Konzept der sog. „Basisdemokratie“* untersucht, deren basisdemokratische Bewegungen sich gegen die Vorstellung einer Souveränität des Rechts richten wollen und die für eine Souveränität des Volkes eintreten.

Aktuell spielt im Zusammenhang mit dem internationalen Terrorismus die **Sicherheitspolitik** eine bedeutende politische Rolle: Zum Beispiel ist die Bundespolizei und auch die gesamte Sicherheitsarchitektur der Bundesrepublik Deutschland in Bewegung. Auch wenn das Bundesverfassungsgericht in

1 S. dazu den Gastbeitrag von Robert Chr. van Ooyen: Staat oder Verfassung – politische Einheit oder pluralistische Gesellschaft? Der Begriff des Staatsvolks aus verfassungstheoretischer Sicht, ab S. 33.

2 Jean-Jacques Rousseau: Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts; in Zusammenarbeit mit Eva Pietzcker neu übersetzt und hrsgg. von Hans Brockard, Stuttgart 1977.

3 Vgl. insbesondere: Niklas Luhmann: Legitimation durch Verfahren, Neuwied/Berlin 1969, S. 153 f. und Anm. 5.

4 Martin Kriele: Einführung in die Staatslehre. Die geschichtlichen Legitimitätsgrundlagen des demokratischen Verfassungsstaates, Reinbek 1975, S. 111 ff.

seinem Urteil zur Aufgabenübertragung von Bahnpolizei und Luftsicherheit 1998 grundsätzlich das grenzpolizeiliche Gepräge betonte:⁵ Insgesamt hat sich der alte, z. T. noch „paramilitärische“, innerdeutsche Grenzschutz längst zu einer „multifunktionalen Polizei des Bundes“ gewandelt,⁶ die sich zudem internationalisiert – sei es im Rahmen des europäischen Grenzschutzes und internationaler Polizeimissionen⁷ oder sei, dass sich der Polizeidienst infolge der Zuwanderungsgesellschaft Deutschland hierfür selbst, wenn auch sehr zögerlich, geöffnet hat.⁸ Formal bestätigt wurde diese Entwicklung schließlich durch die einfachgesetzliche Umbenennung von „Bundesgrenzschutz“ zu „Bundespolizei“, wenn auch eine Anpassung des verfassungsrechtlichen Wortlauts wegen der kompetenzrechtlichen Ländervorbehalte durch Änderung des Grundgesetzes ausblieb.⁹

Die Veränderungen lassen sich dadurch beobachten, dass „Innere Sicherheit“ und „Polizei“ in der sozialwissenschaftlichen Forschung generell wieder zu einem Thema geworden sind,¹⁰ nachdem über Jahrzehnte fast nur noch der enge Blickwinkel spezialjuristischer Fragestellungen dominierte. Davon zeugen nicht nur Zeitschriften und Jahrbücher,¹¹ Lexika und Kompendien,¹² Verlage und Schriftenreihen,¹³ sowie diverse Forscher-Netzwerke

-
- 5 Vgl. Möllers / van Ooyen (Hrsg.): Luftsicherheit, JBÖS-Sonderband 10, Frankfurt/M. 2012.
 - 6 Michael Winkler: Von der Grenzpolizei zur multifunktionalen Polizei des Bundes?, Frankfurt/M. 2005; Möllers / van Ooyen / Hans-Thomas Spohrer (Hrsg.): Die Polizei des Bundes in der rechtsstaatlichen pluralistischen Demokratie, Opladen 2003.
 - 7 Vgl. insgesamt: Möllers / van Ooyen (Hrsg.): Europäisierung und Internationalisierung der Polizei (3 Bde.), JBÖS-Sonderband 1, 3. Aufl., Frankfurt/M. 2012; Möllers / van Ooyen (Hrsg.): Migration: Europäische Grenzpolitik und Frontex, JBÖS-Sonderband 5.2, Frankfurt/M. 2012.
 - 8 Möllers / van Ooyen (Hrsg.): Migration: Polizei und Integration, JBÖS-Sonderband 5.4, Frankfurt/M. 2012; Daniela Hunold u.a.: Fremde als Ordnungshüter. Die Polizei in der Zuwanderungsgesellschaft Deutschland, Wiesbaden 2010.
 - 9 So ist in den Artikeln 35, 87, 87a und 91 immer noch von „Bundesgrenzschutz“ bzw. „Grenzschutzbehörden“ die Rede, um die sonderpolizeiliche Kernaufgabe „Grenzschutz“ in Abgrenzung zur allgemeinen Polizeikompetenz der Länder zu betonen.
 - 10 Untrügliches Zeichen hierfür: gleich zwei Themenhefte in der von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebenen Reihe „Aus Politik und Zeitgeschichte“, nämlich: „Innere Sicherheit im Wandel“ (APuZ 12/2007) und „Polizei“ (APuZ 48/2008).
 - 11 Neben der schon lange bestehenden CILIP sind hier vor allem die im Jahr 2000 gegründete „Polizei & Wissenschaft“ und das seit 2002/03 erscheinende JBÖS zu nennen.
 - 12 Vgl. Hans-Jürgen Lange (Hrsg.): Wörterbuch zur Inneren Sicherheit, Wiesbaden 2006; Möllers (Hrsg.): Wörterbuch der Polizei, 2. Aufl., München 2010; Hermann Groß / Bernhard Frevel / Carsten Dams (Hrsg.): Handbuch der Polizeien Deutschlands, Wiesbaden 2008.
 - 13 So der Verlag für Polizeiwissenschaft, die Schriftenreihe „Studien zur Inneren Sicherheit“ im Verlag Springer VS und die vorliegende Reihe der JBÖS-Sonderbände.

und Arbeitskreise,¹⁴ sondern auch die Fülle der Publikationen zur Inneren Sicherheit selbst,¹⁵ die durch das Thema „Bürgerrechte / Terrorismusbekämpfung“ seit 9/11 noch einmal einen regelrechten Schub erhalten hat. Generell scheinen sich die „Polizeiwissenschaften“ nun daher auch in Deutschland als „neue“ wissenschaftliche Disziplin zu etablieren.¹⁶ Daher liegt es auf der Hand, dass die Sicherheitspolitik im Fokus steht und möglichen Manipulationen ausgesetzt ist. Dies lässt sich an der Bandbreite der deutschen Sicherheitsarchitektur, die hier den Schwerpunkt der Darstellungen bildet, und ihrer Akteure nachweisen.

Die Menschen im Staat lassen sich vor allem dann leichter manipulieren, wenn man ihr grundsätzliches **Bürgerverhalten** kennt. Daher werden in diesem Teil – angefangen mit den politisch-kulturellen Vorbelastungen des deutschen Parlamentarismus – Traditionslinien politischer Kultur in Deutschland beschrieben, die vom Etatismus bis zum Formalismus reichen. Hier stehen auf dem Prüfstand die Tradition der Staatsgläubigkeit und die obrigkeitstaatliche Untertanengesinnung, ferner die Harmoniesucht, Konflikte zu verabscheuen und der tradierte Idealismus, der politische Verhältnisse stets am „Ideal“ misst. Schließlich wird auch der im deutschen Staat vertretene Formalismus untersucht, der die Tradition widerspiegelt, politische Probleme meistens nur als Rechtsprobleme zu begreifen.

Wenn das Bürgerverhalten zu Manipulationen Anlass geben sollte, dann erst Recht die Einschätzung der Bürgerinnen und Bürger, welches **Lebensrisiko** für sie die größte Bedeutung hat.

Alle hier vertretenen Meinungen spiegeln die persönlichen Auffassungen wider.

Martin Möllers

Heringsdorf, im Juli 2019

14 So der Arbeitskreis Innere Sicherheit (AKIS); der Arbeitskreis Empirische Polizeiforschung; zu den Netzwerken vgl. H. Peter Ohly: Die Innere Sicherheit im Spiegel der deutschsprachigen Literatur; in: Hans-Jürgen Lange / Ohly / Jo Reichertz (Hrsg.): Auf der Suche nach neuer Sicherheit, Wiesbaden 2008, S. 377 ff.

15 Statt vieler sei hier nur die schon Ende der 90er Jahre das Politikfeld Innere Sicherheit neu erschließende, politikwissenschaftliche Habilitationsschrift von Hans-Jürgen Lange genannt: Die innere Sicherheit als Politikfeld, Opladen 1999.

16 Vgl. Möllers / van Ooyen (Hrsg.): Polizeiwissenschaft (3 Bde.), JBÖS-Sonderband 7, 2. Aufl., Frankfurt/M. 2012; Sonderbände 7.4a „Forschungsbericht Öffentliche Sicherheit“ und 7.4b „Forschungsbericht Staats- und Gesellschaftswissenschaften“ der Hochschule des Bundes, Fachbereich Bundespolizei sind jeweils in der 3. Aufl. 2017 erschienen.